

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 377

Einwohnerratssitzung vom Montag, 22. September 2008, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	33 Einwohnerrats-Mitglieder 7 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	Werner Graber, Rös Graf, Emil Job, Rudolf Meury, Gert Ruder, Emanuel Trueb, Fredi Wiesner
Vorsitz	Christian Schäublin, Präsident
Protokoll	J. Maass, Bruno Helfenberger (Aufnahme)
Weibeldienst	Martin Suter

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Ersatzwahl in die Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode (<i>ohne Akten</i>)	2564
2.	Finanzplan 2009 – 2013 und Bericht der RPK	2557
3.	Baurechtsvertrag Überbauung Ochsen	2561
4.	Berichterstattung zum Postulat der SVP-Fraktion betr. „Vermehrtes Wohnen in der Kernzone“	2512
5.	Berichterstattung zum Postulat der SVP-Fraktion betr. „Prekäre und unsichere Platzverhältnisse vor Kreuzung Bahnhofstrasse zur Muttenzerstrasse“	2514
6.	Postulat von Benedikt Schmidt betr. „Solardachprogramm „100jetzt!“ auch in Pratteln“	2525
7.	Postulat von Benedikt Schmidt betr. „Schutz des Prattler Grund- und Trinkwassers“	2531
8.	Postulat von Erich Weisskopf betr. „Zweckentfremdende Abfallsammelstellen bei den öffentlichen Glas- und Blechdeponien ein Dauerbrenner“	2532
9.	Interpellation von Eva Keller-Gachnang betr. „Dienstleistung Friedhof-Bus“	2534
10.	Interpellation von Christoph Zwahlen betr. „Lastwagenfahrverbot und Tempo 30 Durchsetzung“	2538
11.	Postulat der SVP-Fraktion betr. „Internes Kontrollsystem IKS“	2551
12.	Postulat der SVP-Fraktion betr. „Laternenparkplätze“	2552

- | | | |
|-----|--|------|
| 13. | Interpellation der SP-Fraktion betr. „Nachhaltige öffentliche Beschaffung aus fairem Handel“ | 2553 |
| 14. | Interpellation der Unabhängigen Pratteln betr. „Lidl“ | 2554 |
| 15. | Interpellation der Unabhängigen Pratteln betr. „Naturschutz-Massnahmen der Gemeinde Pratteln im Jahr 2007“ | 2555 |
| 16. | Motion der CVP-Fraktion betr. „Strassenbeleuchtung auf der Südseite des neuen Bahnhofs „Salina Raurica“, entlang der Bahnlinie „Giebenacherstrasse“ bis zur Einmündung in die Ergolzstrasse“ | 2559 |
| 17. | Motion der SP-Fraktion betr. „Änderung des Jugendreglementes“ | 2560 |
| 18. | Fragestunde (nach der Pause) | |

Neue persönliche Vorstösse:

Es wurden keine Vorstösse eingereicht.

Mitteilungen

Stephan Burgunder hat seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat und der RPK per 30. September 2008 bekanntgegeben.

Beschlüsse

**Geschäft Nr. 2564 Ersatzwahl in die Rechnungsprüfungs-
kommission für den Rest der Amts-
periode**

Der Einwohnerrat wählt in die Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode:

://: **Mario Puppato, FDP**

**Geschäft Nr. 2557 Finanzplan 2009 – 2013 und Bericht der
RPK**

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 25. August 2008
- Bericht der RPK vom 3. September 2008

Philippe Doppler: Der Finanzplan Einwohnergemeinde und Finanzplan Spezialfinanzierungen 2009 – 2013 zeigen ausschliesslich Negativentwicklungen im Eigenkapital. Es ist kein Eigenkapitalzuwachs auszumachen. Dies sind ernüchternde Zahlen und es bleibt zu hoffen, dass die Realität anders sein wird, als die Planung des Gemeinderates. Die rektifizierte Version der Wasserversorgung weist auf Ende 2013 ein Ei-

genkapital von lediglich CHF 79'000 aus. Bei der Berechnung passierte ein Fehler, der lange unentdeckt blieb und erst durch die RPK entdeckt wurde. Entsprechend spät ist das Rektifikat eingetroffen. Wie im Bericht der RPK erwähnt, ist der Finanzplan relativ unübersichtlich und der Fehler hätte sicher eher entdeckt werden können, wäre der Finanzplan übersichtlicher gestaltet. Die Einwohnerkasse wird im Jahr 2012 über kein Eigenkapital mehr verfügen. Der Finanzplan zeigt nicht auf, wie der Gemeinderat gedenkt, dieser negativen Entwicklung entgegen zu wirken. Chancen und Risiken dieser Entwicklung werden nicht aufgezeigt. Man hat sich weder auf die alten noch auf neue Legislaturziele abgestützt, da ein Legislaturwechsel vorlag und die neuen Ziele noch nicht bekannt sind. Daher wurden die alten Zahlen fortgeschrieben. Dies findet die RPK äusserst gefährlich und vor allem eine Fortschreibung bei den roten Zahlen ist sehr riskant. Die RPK rät dem Gemeinderat, sich Massnahmen gegen eine solche Entwicklung zu überlegen und diese auf den nächsten Finanzplan umzusetzen. Aus Sicht der RPK möchte ich den ausgebliebenen Finanzplan Abfallrechnung erwähnen, der schon im vergangenen Jahr gefordert wurde. Eine Entwicklung im Eigenkapital könnte sicher ersichtlich sein und man könnte assoziieren wie sich dieses entwickelt. Die Abfallrechnung wurde, als sie in den roten Zahlen war, mit CHF 100'000 von der Einwohnerkasse quersubventioniert. Man könnte allenfalls aus dem Finanzplan ersehen, wann eine Rückführung dieses Geldes möglich wäre. Die RPK fordert den Gemeinderat einmal mehr auf, den Finanzplan Abfallrechnung im nächsten Jahr auf den Finanzplan 2010 – 2014 zu erarbeiten. Die RPK dankt allen an der Erarbeitung des Finanzplanes beteiligten Personen, möchte noch einmal darauf hinweisen, dass der Gemeinderat den Finanzplan in Zukunft zeitlich so verabschiedet, dass die RPK den Finanzplan vor den Sommerferien behandeln kann. Auf Grund der vorliegenden Zahlen muss die RPK den notwendigen Umgang mit den Finanzen weiterhin als sparsam bezeichnen. Dazu sind alle Gemeindebehörden, Kommissionen und die Verwaltung zur Mitarbeit aufgefordert. Die RPK beantragt, den Finanzplan Einwohnergemeinde und die Finanzpläne Spezialfinanzierungen (Antennenanlage, Wasserversorgung, Abwasser) 2009 – 2013 zu genehmigen.

GR Max Hippenmeyer: Der vorliegende Finanzplan ist im Wesentlichen eine Fortschreibung des letztjährigen, aktualisiert mit dem Budget 2008 und der Rechnung 2007. Er hat deshalb längerfristig betrachtet nur eine bedingte Aussagekraft, denn die neuen Legislaturziele, die der Gemeinderat in den kommenden Wochen erarbeiten wird, sind logischerweise noch nicht abgebildet. Trotzdem darf man feststellen, dass sich die finanzielle Lage unserer Gemeinde in den vergangenen Jahren markant verbessert hat. Übermut ist jedoch fehl am Platz und -da gehe ich einig mit der RPK- ein behutsamer Umgang mit unseren Finanzen bzw. mit dem wiederum vorhandenen Handlungsspielraum der diesen Namen auch verdient ist weiterhin angebracht. Zum fehlenden Finanzplan der Abfallrechnung: Erstens sollen die eingeleiteten Massnahmen bestätigt werden, denn eine Schwalbe macht noch keinen Frühling. Zweitens sind bei der Abfallrechnung lediglich 3 Faktoren zu beachten: Die Gebühreneinnahmen, die Kosten für die Abfallbeseitigung und dass die Spezialfinanzierung keine Unterdeckung aufweist. Diese Parameter bestimmen die Höhe der Gebühren und dafür braucht es meines Erachtens keinen Finanzplan denn Investitionen und daraus abgeleitet Abschreibungen fallen hier keine an. Wenn der sich abzeichnende Trend fortgesetzt kommen wir auch ohne Finanzplan zum Schluss, die Gebühren zu senken. Nur wo gearbeitet wird, passieren auch Fehler. So geschehen bei der Wasserversorgung. In der Vorlage ist zwar richtig vermerkt, dass 2009 noch 12,5 % Rabatt gewährt werden sollen und ab 2010 kein Rabatt mehr, um die Kasse nicht ganz zu plündern. Im Finanzplan wurde das jedoch nicht richtig abgebildet. Ich bitte für dieses Versehen um Entschuldigung. Mit dem Wegfall des Rabatts entspannt sich die Situation der Wasserkasse. Zu guter Letzt frage ich mich einmal mehr, warum Pratteln als einzige Gemeinde im Baselbiet den Finanzplan genehmigen muss, denn eine Genehmigung hat im Gegensatz zum Budget überhaupt keine Verbindlichkeit. Der Einwohnerrat kann auch bei einer blossen Kenntnisnahme, analog den Legislaturzielen, Stellung nehmen zur mittelfristigen Entwicklung unserer Finanzen und das Ganze wäre viel ra-

tioneller und effizienter. Ich hoffe, dass man bei nächster Gelegenheit eine diesbezügliche Änderung der Gemeindeordnung vornimmt. Ich bitte Sie, den Anträgen der RPK zuzustimmen.

Roland Kuny: Wir von der SVP-Fraktion haben den Eindruck, dass der Gemeinderat den Finanzplan nicht ernst nimmt. Trotzdem sind wir für Eintreten und werden unsere Fragen später stellen.

Stephan Ackermann: Der Finanzplan ist stetem Wandel unterworfen. Und was wir hier vor uns haben ist bereits wieder Makulatur. Der Finanzplan zeigt auf, wohin die finanzielle Reise geht und wohin der Gemeinderat steuert. Vor 1 Jahr haben wir uns ausführlich zum Finanzplan geäußert und auch unsere Bedenken geäußert. Diese haben den Gemeinderat nicht interessiert. Wir werden daher unsere Korrekturen an der Budgetsitzung anbringen. Im Gegensatz zur RPK sehe ich eher dunklere Wolken am Finanzhimmel als der Gemeinderat. Vor allem glauben wir nicht, dass die Entwicklung der Steuereinnahmen so laufen wird, wie es der Gemeinderat sieht. Sowohl bei den juristischen als auch natürlichen Personen. Vor allem glauben wir, wenn die Wirtschaft ins Stottern gerät, dass dann dicke dunkle Wolken aufziehen und es Pratteln hart treffen wird. Die Sozialkosten werden dann merklich steigen und der Gemeinderat hat verpasst, in guten Zeiten ein Polster anzulegen. Trotz meiner Ausführungen ist die Fraktion für Eintreten; es werden nicht Alle dafür sein, den Finanzplan so zu genehmigen, weil wir ihn als „lausig“ betrachten.

Daniel Berger: Auch wir von der SP plädieren für Eintreten. Wir danken der RPK für ihre Arbeit und haben gleichzeitig unsere Bedenken, weil dies nur ein Zwischenfinanzplan ist. Nächstes Jahr sollte man besser sehen, wie man in den Legislaturzielen Investitionen tätigen will und andererseits sich die wirtschaftliche und soziale Seite verschlechtert. Wir sind gespannt, wie eine neue Finanzplanung aussieht, wenn die Legislaturziele durchdacht sind.

://: Das Eintreten ist unbestritten.

Stephan Burgunder: Im November 2005 habe ich gesagt: „Der Finanzplan zeigt auf, in welche Richtung die Finanzen von Pratteln gehen. In der Privatwirtschaft wäre diese Firma spätestens im Jahr 2008 Konkurs.“ Wir sind nun im Jahr 2008 und die Eigenkapitalbasis ist so gut wie schon lange nicht mehr. Im darauffolgenden Jahr habe ich gesagt: „Dank dem Kanton und seinem Geschenk aus dem Finanzausgleich muss ich die Aussage mit dem Konkurs herausschieben und es wird 2011.“ Jetzt haben wir den Finanzplan 2009 – 2013 vor uns und ich muss mich wieder korrigieren: „Wir sind erst 2013 in den negativen Zahlen“. Was schliesse ich daraus? Gemeinden können im Gegensatz zu beispielsweise Banken nicht Konkurs gehen. Ich möchte die Situation nicht beschönigen, aber die Entwicklung der Vergangenheit hat in den Finanzen klar einen positiven Trend aufgezeigt. Es ist wichtig, dass wir einen Finanzplan haben, der die längerfristige Entwicklung abbildet, auch wenn diese nicht immer positiv ist. Ich sehe in der Privatwirtschaft sehr viele Finanzpläne, die eher das Gegenteil aufzeigen und alle Firmen rentieren in 5 Jahren sehr gut. In einer Gemeinde darf der Finanzplan nicht allzu gut aussehen, damit man auch ans Sparen denkt. Was ich den letzten 4 Jahren über Finanzpläne gelernt habe: Wir sollten nicht „übersäuern“ wenn dies etwas negativ aussieht. Tatsächlich ist in diesem Finanzplan nicht viel Fleisch am Knochen. Die Legislaturziele liegen noch nicht vor und daher ist dieser Finanzplan tatsächlich eine Fortschreibung der Vergangenheit. Wir können nicht mehr, als den Finanzplan zur Kenntnis nehmen, wir können ihn genehmigen oder nicht, aber passieren wird nichts und es wird keinen neuen Finanzplan geben, wenn wir ihn heute nicht genehmigen. Die Fraktion der FDP ist so oder so für Genehmigung.

Roland Kuny: Wie bereits von GR Max Hippenmeyer erwähnt, fehlt der Finanzplan zur Spezialfinanzierung Abfallbewirtschaftung. Wir stellen den Antrag, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat bis zum 31. Oktober 2008 einen Zusatz zum Finanzplan über die Spezialfinanzierung Abfallbewirtschaftung erstellt. Somit kann allenfalls auf das Budget reagiert werden.

Urs Hess: Die Aussagen von Max Hippenmeyer sind typisch für ihn und man sieht, dass er ungehalten reagiert, weil er das Gefühl hat, der Gemeinderat würde zu streng kontrolliert. Darum plädiert er immer für Abschaffung des Finanzplanes. Der Finanzplan ist ein gutes Mittel, wenn man ihn transparent verfassen würde, dass man Etwas daraus lesen kann. Vor allem sollte der Finanzplan vor den Sommerferien vorhanden sein, damit man ihn dann auch vor den Sommerferien verabschieden kann. Zu den Bedenken bezüglich der Legislaturziele. Es hat lediglich ein Gemeinderat gewechselt, die anderen sind geblieben. Ich habe nicht das Gefühl, dass der Finanzplan so stark ändern würde. Zu den Rabatten der Wasserversorgung und Abwasserversorgung: GR Max Hippenmeyer sagt, es brauche kein Eigenkapital. Es zeigt sich aber, wenn die anfallenden Investitionen nicht ganz zyklisch sind, dass dann Geld in der Kasse fehlt. Ich habe mich schon seinerzeit gegen die Rabatte gewehrt; aber Gewisse haben dies als Wahlschlager verwendet und heute haben wir die Misere. Wir haben kein Geld mehr in der Kasse und müssen die Rabatte aufheben. Als Folge vom dem können wir die Finanzpläne ohne weiteres im Rat haben und sehen, wohin die Reise geht und wir können auf solche Machenschaften reagieren.

GR Max Hippenmeyer: Ich möchte den Vorwurf der SVP zurückweisen. Der Gemeinderat nimmt die Finanzpläne ernst und nehmen dies nicht auf die leichte Schulter. Wie Stephan Burgunder ausgeführt hat, handelt es sich um einen Plan und im Laufe der Zeit gibt es Veränderungen. Urs Hess, Du solltest besser zuhören und nicht mit einer vorgefassten Meinung hier her kommen. Ich habe nie -und ganz sicher nie- die Abschaffung der Finanzpläne propagiert. Weiter zu den Spezialfinanzierungen: Ich stelle nur das vom Abfall zur Diskussion. Beim Wasser und der GGA werden Investitionen getätigt und es ist klar, dass Finanzpläne gemacht werden. Diese stehen auch zur Verfügung. Nur beim Abfall mit 3 Komponenten ist ein Finanzplan „Arbeit für die Katz“ und ich bitte Euch, den für mich unverständlichen Antrag der SVP abzulehnen.

Christian Schäublin als Präsident des Einwohnerrates lässt über den Antrag der SVP (Votum von Roland Kuny) abstimmen. Der Antrag lautet: „Der Gemeinderat legt dem Einwohnerrat einen Finanzplan über die Spezialfinanzierung Abfallbewirtschaftung bis zum 31. Oktober 2008 vor. Begründung: Somit kann allenfalls auf das Budget reagiert werden“.

://: Der Einwohnerrat stimmt dem Antrag der SVP mit 19 : 9 Stimmen und 5 Enthaltungen zu.

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen eine Stimme:

- ://: 1. Der Finanzplan 2009 bis 2013 für die Einwohnergemeinde wird genehmigt.
2. Die Finanzpläne 2009 bis 2013 der Spezialfinanzierungen Antennenanlage, Wasserversorgung und Abwasser werden genehmigt.
-

Geschäft Nr. 2561 Baurechtsvertrag Überbauung Ochsen

Im Ausstand: Mario Puppato

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 19. August 2008

GR Max Hippenmeyer: Mehr als in der Vorlage steht, gibt es nicht zu sagen. Das Dossier liegt seit längerer Zeit auf meinem Tisch und Fortschritte wurden kaum erzielt, weil sich die 3 Genossenschaften nicht zu einem Konsens durchringen konnten. Das hat sich nun geändert und einer neuen Regelung steht aus Sicht des Gesamtgemeinderates Nichts entgegen. Das Geschäft ist sehr zeitaufwändig und die Verwaltung will ihre Ressourcen möglichst rationell einsetzen. Aus diesem Grund soll der Einwohnerrat einen Grundsatzentscheid fällen, ob die heutige Situation überhaupt geändert werden soll oder nicht. Vor knapp einer halben Stunde habe ich 11 Fragen von den Unabhängigen Pratteln erhalten, datiert mit 17. September 2008. Es wäre schön, wenn, im Sinne einer fundierten Beantwortung, die Fragen schon am 18. September zugestellt gewesen wären. Ich bin nicht in der Lage, obwohl ich das Dossier gut kenne, die meisten Fragen zu beantworten, weil ich die Sachverhalte nicht auswendig weiss.

Roger Schneider: Wir sind mit dem Statement von GR Max Hippenmeyer gar nicht einverstanden. Die Vorlage genügt uns bei weitem nicht, um den Grundsatzentscheid zu treffen. Darum haben wir auch das Papier erstellt. Wir beantragen Rückweisung des Geschäftes, damit der Gemeinderat in Ruhe eine saubere und detaillierte Vorlage ausarbeiten kann und auch Auskunft zu den Fragen geben kann. Für uns ist nicht verständlich, wieso ein Baurechtsvertrag, der erst vor 12 – 17 Jahren akzeptiert wurde, wieder neu ausgehandelt werden soll. Wir sind nicht gegen das Geschäft, möchten aber eine bessere Entscheidungsgrundlage. Welche Vor- und Nachteile entstehen der Gemeinde, der Mieterschaft? Was ist der ursprünglich Gedanke der Genossenschaft? Wird dieser noch gelebt oder ist alles im Stockwerkeigentum verkauft? Wie lange ist der Baurechtsvertrag gültig? Alle Fragen sind auf dem Papier enthalten. Wir plädieren für eine Rückweisung dieses Geschäftes, um eine detailliertere Vorlage zu erhalten.

Albert Willi: Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Überweisung dieses Geschäftes. Was die Unabhängigen wollen, ist kein Problem, denn wir können später über die Verträge bestimmen und wenn uns Etwas nicht passt, kann dies geändert werden. Die Überbauung Ochsen war bereits früher ein Drama von Anfang an und die 3 Genossenschaften haben sich nie gut miteinander verstanden. Als die ersten Verträge gemacht wurden, sass ein grosser Teil des Einwohnerrates im Publikum, weil fast alle dabei waren. Darum soll der Gemeinderat neu verhandeln und wir können später Stellung dazu nehmen.

Stephan Burgunder: Bevor ich zum Rückweisungsantrag komme: In der RPK haben wir mehrmals über das Thema Baurechtsverträge diskutiert. Auch ich habe angeregt, dass die Baurechtsverträge überprüft werden und bin davon ausgegangen, dass man Mehreinnahmen generieren kann. Wenn ich die Vorlage richtig lese, könnte dies auch in die andere Richtung gehen, so dass eventuell Mindereinnahmen vorliegen würden. Aber in der Konsequenz, wenn ich sage, man solle die Baurechtsverträge überprüfen, dann sollte ich nicht nur vom Guten ausgehen. Heute können wir die Inhalte noch gar nicht diskutieren, weil wir die neuen Verträge nicht kennen. Wichtig ist für die Gemeinde, dass wir eine Standardisierung in die Baurechtsverträge bekommen und man eine Einheit hat, die sich aus Sicht der Gemeinde gut bewirtschaften lässt. Zu den Punkten der Unabhängigen Pratteln: Wenn ich die Fragen sehe: „Worin besteht der ursprüngliche Genossenschaftsgedanke?“ dann muss ich sagen, es sind 3 Genos-

senschaften mit verschiedenen Gedanken und diese 3 Genossenschaften wollen jetzt separat über ihre Verträge verhandeln. Diese 3 Genossenschaften waren über die Einfache Gesellschaft mit einem Baurechtsvertrag gebunden. Die Fragen sind schwierig zu beantworten oder einfach simpel. „Wie lange ist der Baurechtsvertrag gültig?“ In der Regel sind dies 100 Jahre. „Ist es möglich, einen Baurechtsvertrag vorzeitig aufzulösen?“ Ein Vertrag ist eine gegenseitige übereinstimmende Willensäußerung und jederzeit mit dem Einverständnis beider Parteien zu ändern. „Weshalb ist nur die Senioren-Wohngenossenschaft nur an neuen Verträgen stark interessiert?“ Weil diese mit Abstand am meisten zahlen. Ich glaube nicht, dass uns diese Fragen unter dem Strich weiter bringen. Wir sollten dem Geschäft zustimmen und die neuen Verträge dann hinterfragen. Zum heutigen Zeitpunkt ist dies verfrüht.

Kurt Lanz: Ich muss meinem Vorredner zum grössten Teil Recht geben. Der Gemeinderat soll den Fragenkatalog beantworten. Die neuen Verträge passieren den Einwohnerrat und dann können wir darüber befinden. Meine Frage an den Gemeinderat: „Was würde passieren, wenn nichts passiert?“ Der Einwohnerrat hat vor einiger Zeit einem Quartierplan zugestimmt. Darin waren auch die Konsortialen enthalten. Wenn nun ein neuer Vertrag gemacht wird, stellt sich für mich die Frage „Wie viel Gültigkeit hat der Quartierplan noch und muss dieser geändert werden?“ Falls dies so wäre, müsste die Änderung des Quartierplanes zum selben Zeitpunkt aufliegen wie die 3 neuen Verträge.

GR Max Hippenmeyer: „Was passiert, wenn Nichts passiert?“ Dann bleibt Alles beim Alten und die Baurechtszinsen fliessen wie anhin und es bleibt bei unzufriedenen Leuten, die sich „ungerecht“ behandelt fühlen. Die ganze Sache war von Anfang an eine Zangengeburt, weil die Interessen der 3 Genossenschaften sehr unterschiedlich waren. Einzig Gemeinsames war, dass die Häuser möglichst bald gebaut werden. Das war die Hauptmotivation für 3 Einzelverträge. Brattelo lebt dem genossenschaftlichen Wohnungsbau sehr nahe; bei den beiden anderen Genossenschaften ist noch das Element des Eigentums dazugekommen und der 30%-Zuschlag war seinerzeit völlig willkürlich. Es hätten auch 20 oder 40 oder 35% sein könne. Die 30% sind nicht plausibel begründet. Einziges Argument für einen Zuschlag: Sie sollen mehr bezahlen, weil sie es kaufen können. Es gibt keine rationalen Gründe und daher ist dies zu hinterfragen. Stephan Burgunder hat bereits einige Fragen beantwortet und die anderen Fragen sind nicht relevant. „Wie wurde der Baurechtszins ausgestaltet? Marktgerecht oder sozial?“ Dies spielt keine Rolle und bei Neuverhandlungen gilt der heutige Marktpreis und dieser hat sich wesentlich geändert seit 1991. Der Einwohnerrat muss die Verträge genehmigen oder zurückweisen, daher ist es müssig, heute über alle Details zu diskutieren. „Wie kann die Mieterschaft vor Benachteiligungen im Ergebnis der Neuverhandlungen geschützt werden?“ Dies ist Sache der Verhandlungspartner der Genossenschaften und sicher nicht des Gemeinderates. Die Vertreter der Genossenschaften müssen ihre Klientel vertreten und nicht mehr und nicht weniger. „Wie viele Stockwerkeigentümer gibt es pro Genossenschaft?“ Auch das ist nicht relevant. Zur Quadratmeterzahl: 6'244m² mit Baurechtseinnahmen von rund CHF 197'000. Fakt ist, dass nicht Alle denselben Preis bezahlen. Es ist bei den 3 Genossenschaften noch nicht einmal derselbe Landpreis eingesetzt. Dies zeigt einmal mehr die verschiedene Ausrichtung der Genossenschaften. Es ist klar, dass eine für Alle akzeptable Lösung auf den Marktpreisen basiert. Wir reden hier von einem Landpreis von rund CHF 850/m². Der Quadratmeterpreis wird sich in ähnlichem Rahmen wie bis anhin von CHF 35 bewegen. Es gibt Verlierer und Gewinner. Die Gemeinde muss in etwa gleich fahren wie vorher. Wenn die Mehrheit der Betroffenen zufrieden gestellt wird, ist Allen gedient. Ich bitte Euch daher, dem Rückweisungsantrag nicht stattzugeben. Mit einer Rückweisung ist das Problem nicht weg.

Roger Schneider: Wir bleiben beim Rückweisungsantrag und möchten verhindern, dass es eine „Zwangswiedergeburt“ gibt. Wir sollten uns besser im Grundsatz einig sein, als nachher zu verhandeln bis anständige Verträge entstehen. Ich appelliere für

eine saubere Vorlage: Was ist das Schlimme am gegenwärtigen Zustand? Wer blutet? Dies sollte klar auf dem Tisch liegen. Dann kann der Gemeinderat mit Neuverhandlungen beauftragt werden.

Stefan Löw: Ich möchte Ihnen beliebt machen, dem Rückweisungsantrag nicht zuzustimmen. Vor 12 bzw. 17 Jahren waren sich die 3 Genossenschaften einig, unter diesen und jenen Bedingungen zu bauen. In der Zwischenzeit hat sich die Situation geändert und die 3 Genossenschaften haben sich nach langen Verhandlungen wieder gefunden und beantragen dem Einwohnerrat, die Baurechtsverträge wieder zu überarbeiten. Ich glaube, es ist in unserer Verantwortung, den Genossenschaften dies zu ermöglichen und uns die Verträge wieder vorzulegen. Ich bitte Sie, den Antrag nicht zu unterstützen.

://: Der Rückweisungsantrag der Unabhängigen wird mit 26 : 6 Stimmen abgelehnt.

://: Das Eintreten ist unbestritten.

Thoma Vogelsperger: Im Beschlusssentwurf unter Absatz 3 Punkt 2 steht: „Bei Stockwerkeigentum erfolgt kein Zuschlag zum Baurechtszins“. Im Namen der SP-Fraktion beantrage ich die Streichung dieses Satzes. Begründungen: Es geht hier um grundsätzliche Entscheide und die SP-Fraktion ist der Meinung, dass nicht schon jetzt der Verhandlungsspielraum eingeschränkt werden soll. Es soll auch nicht das Bild entstehen, dass irgendeine Partei bevorzugt oder benachteiligt wird. Somit können in den Vertragsverhandlungen alle Parteien gleich behandelt werden. Punkt 3.3 würde daher ohne Punkt 2 gelten.

Stephan Ackermann: Verschiedene Fragen von uns wurden beantwortet, andere wieder nicht. Einige hat der Gemeinderat beantwortet, andere der Einwohnerrat. Weitere Fragen können beantwortet werden, wenn die neuen Verträge vorliegen. Nur werden hier Weichen gestellt und auf dem verteilten Blatt sind nicht nur Fragen aufgeführt, sondern auch die Rahmenbedingungen, die wir gerne drin hätten. Nach der Diskussion bis jetzt kann man auf einzelne Rahmenbedingungen verzichten, aber sicher nicht auf alle. 2 Fragen sind mir zentral und diese muss ich beantwortet haben, bevor ich zu Etwas Ja oder Nein sagen kann. Frage 6: „Worum ging es bei der historischen Begründung für die Bauzinserrhöhung von 30% für Stockwerkeigentümer?“ Was war seinerzeit die Überlegung? Ist darin eventuell enthalten, dass der Baurechtszins für die Genossenschaftler seinerzeit nicht dem marktüblichen Preis entsprach, sondern genossenschaftliches Wohnen ermöglichen sollte und es deshalb einen günstigeren Baurechtszins gab? Sollten Stockwerkeigentümer dazumal nicht vom Genossenschaftsgedanken profitieren und den Zuschlag zahlen? Vielleicht führt der Zuschlag von 30% dann zu einem marktüblichen Zins oder gar darüber? Frage 8: „Wie kann garantiert werden, dass die Einwohnergemeinde keinen Nachteil aus den Neuverhandlungen erleidet?“ Wie gross ist die Mindereinnahme der Gemeinde? Es stellt sich die Frage, warum wir überhaupt Verhandlungen aufnehmen, wenn wir nachher schlechter dastehen? Dies liegt nicht im Interesse der Einwohnergemeinde.

GR Max Hippenmeyer: Zum Antrag der SP zum Beschlusssentwurf Absatz 3 Punkt 2 ist mir nicht ganz klar, was gemeint ist. Ich muss dazu sagen, dass gerade der 30%-Zuschlag Auslöser für diese Zusammenkunft gegeben hat. Seinerzeit hatte man keinen plausiblen Grund, warum der Zuschlag 30% beträgt. Denkbar wäre heute statt einem Zuschlag ein anderer Baulandpreis als Grundlage. Zur Frage 6: Am Anfang war ein Genossenschaftsgedanke vorhanden. Später sind einige Interessenten abgesprungen und auf Grund finanzieller Schwierigkeiten wurde beschlossen, dass man die Wohnungen auch kaufen kann. Der damalige Einwohnerrat hat gefunden, dass diejenigen, die kaufen, 30% mehr bezahlen sollen (Vorteile: Vererbung, keine Genos-

senschaftsanteile, Verkauf möglich). Dies stellt keinen Strafzins dar, sondern einen Zuschlag für die freie Verfügbarkeit der Wohnung. Dies gilt es zu beseitigen. Wenn man eine Parzelle im Baurechtszins übernimmt, bezahlt man einen Baurechtszins und sonst nichts dazu. Ein Zuschlag ist für mich tatsächlich nicht nachvollziehbar und auch nicht gerecht. Also sollte der Passus Punkt 2 belassen werden. Es ist ein Baurechtszins vorhanden, über den später noch verhandelt wird. In dem Sinne bitte ich Sie, den Antrag der SP nicht gutzuheissen. Zu Frage 8: Garantieren lässt sich nichts, dies ist das Resultat von Verhandlungen und der Einwohnerrat redet noch mit. Tatsache ist, dass Ochsen fast doppelt so viel bezahlt wie Halde. Diese Ungleichheiten sollen etwas austariert werden. Es geht nicht darum, Jemanden zu Lasten Anderer zu bevorteilen.

Olga Aeberhard: Ich war seinerzeit nicht dabei. Aber als ich das gelesen habe, habe ich mich gewundert: Wie kommt man dazu, den Einen so viel Geld aufzubrummen und es den Anderen billiger zu geben? Dies ist für mich nicht einsichtig und deshalb begrüsse ich 3 neue Verträge. Ich bitte darum, dass diese gerechter sind als die bestehenden und dass alle gleich behandelt sind. Auch im Namen meiner Fraktion bitte ich, den Passus „Bei Stockwerkeigentum erfolgt kein Zuschlag zum Baurechtszins“ in der Vorlage zu belassen.

Kurt Lanz: Kurz zum Antrag von Thomas Vogelsperger: Es ist klar, um was es bei dem Antrag geht. Wenn man einen Grundsatzentscheid fällt „Der Einwohnerrat ist im Grundsatz damit einverstanden ...“, dann geben wir dem Gemeinderat einen Verhandlungsauftrag und wenn wir beim Verhandlungsauftrag schon eine Seite ausschliessen, dann geben wir nicht wirklich einen Handlungsauftrag sondern sagen, was er zu erledigen hat. Ich bin der Meinung, dass der Punkt 2 gestrichen werden soll. Wenn der Gemeinderat das dann so verhandelt, dann kann ich mich später im Einwohnerrat noch einmal wehren. Man könnte dies auch über den Landpreis regeln, aber dies würde wahrscheinlich Juristenfutter geben. Darum muss Punkt 2 gestrichen werden; der Gemeinderat muss volle Verhandlungsfreiheit haben.

Stephan Ackermann: Meine Fragen wurden nicht beantwortet. Ich hoffe, dass ich nicht noch ein Mal kommen muss, wenn sie wieder nicht beantwortet sind. Um was es bei den historischen Baurechtszinsen geht wurde ein wenig erläutert. Ich habe gefragt, ob es sich um marktübliche oder sozialverträgliche Zinsen handelte, weil es Genossenschaften sind. Und wenn man es so gemacht hat, dann ist der 30%-Zuschlag begründet. Zu den Nachteilen für die Einwohnergemeinde: Man weiss es jetzt noch nicht. Wenn ich es richtig verstehe, geht man von Nachteilen für die Einwohnergemeinde aus. Und das kann ich im Interesse der Einwohnergemeinde nicht nachvollziehen. Bei den Rahmenbedingungen haben wir noch aufgeführt, dass die 3 Baurechtsverträge gleichzeitig vor den Einwohnerrat kommen sollen. Ist dies die Absicht?

GR Max Hippenmeyer: Es ist wünschenswert, dass alle 3 Verträge gleichzeitig vorliegen. Nicht einer heute und ein anderer in 10 Jahren. Davon gehen wir aus. Zur Frage der Ausgestaltung des Baurechtszinses: Dies kann ich nicht beantworten, ich war seinerzeit nicht dabei. Für einen Grundsatzentscheid ist dies nicht relevant; wir schauen in die Zukunft und in Zukunft wird der aktuelle Marktpreis des Baulandes sein. Darum wird neu verhandelt.

Stephan Burgunder: Baurecht entwickelt sich in seltenen Fällen zu Gunsten des Baurechtsnehmers. Der Baurechtszins ist entweder an den Landpreis gekoppelt oder unterliegt dem Index der Konsumentenpreise, der ebenfalls steigt. Auch bei einem tiefen Anfangspreis ist der Baurechtszins mittlerweile so hoch, dass man es fast als Wucher bezeichnen kann. Wenn man die CHF 40 nimmt, die die Baugenossenschaft Ochsen heute bezahlt und mit dem aktuellen Hypothekarzins von 3.5% kapitalisiert, entspricht dies einem Landpreis von über CHF 1'200. Der Zuschlag von 30% war da-

mals eine gut gemeinte Idee, weil man wahrscheinlich den Preis relativ tief angesetzt hatte, um mit dem Spekulationszuschlag von 30% zu verhindern, dass die Baurechtsnehmer ihre Wohnungen verlassen und teuer verkaufen. Im Grundbuch ist für die Genossenschaft Ochsen ein Rückkaufsrecht eingetragen. D. h., wenn eine Wohnung verkauft wird, hat die Genossenschaft als erstes ein Rückkaufsrecht und kann die Wohnung zurückkaufen. Aus diesem Grund wird der Spekulation ein Riegel geschoben und der Zuschlag macht aus heutiger Sicht keinen Sinn mehr und darum kann man den Punkt 2 so in der Vorlage belassen.

Benedikt Schmidt: Ich danke Stefan Burgunder für seine Ausführungen. Das sind genau die Informationen, die wir gerne schriftlich in der Vorlage gesehen hätten. Das war die Begründung für unseren Rückweisungsantrag. Ich bin von GR Hippenmeyer enttäuscht. Er sagt „Ich weiss nicht wie man entschieden hat, ich habe die seinerzeitigen Unterlagen nicht angeschaut“ und gleichzeitig ist es kein Problem, den 30%-Zuschlag übers Leder zu ziehen.

Thomas Vogelsperger: Ich komme noch ein Mal auf unseren Antrag zurück, Punkt 2 zu streichen. Es geht mir genau um Grundsätzliches; ich möchte Niemanden bevorteilen oder benachteiligen. Der Gemeinderat will ja in dieser Vorlage die Festsetzung von Landpreis und Zinssatz zu aktuellen Marktkonditionen. Somit ist gesagt, dass es keine Rabatte oder Zuschläge braucht. Wenn der Gemeinderat Wohnbaugenossenschaften fördern will, kann er dies machen. Ich weiss nicht, ob dies über andere Wege möglich ist. Darüber lässt sich nachdenken.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 2 Enthaltungen:

- ://: 1. Der Einwohnerrat ist im Grundsatz damit einverstanden, dass der bestehende Baurechtsvertrag vom 21. März 1991 für das Ochsenareal zwischen der Einwohnergemeinde Pratteln als Baurechtsgeberin und der Baugenossenschaft Bratello und der Liberalen Bau- und Wohngenossenschaft Halde und der Baugenossenschaft Ochsen handelnd als einfache Gesellschaft als Baurechtsnehmerin durch 3 einzelne Baurechtsverträge mit den erwähnten Baugenossenschaften ersetzt werden soll.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt, mit den 3 Vertragsparteien entsprechende Verhandlungen zu führen.

Roger Schneider: Wir beantragen einen weiteren Punkt unter 3.3. „Die 3 Baurechtsverträge müssen vergleichbar sein und alle gleichzeitig dem Einwohnerrat vorgelegt werden.“ Dies ist eine Verpflichtung und ist auf unserem Papier unten aufgeführt.

://: Der Einwohnerrat stimmt dem Antrag Roger Schneider (siehe oben) mit 16 : 12 Stimmen und 4 Enthaltungen zu.

://: Der Einwohnerrat lehnt den Streichungsantrag der SP mit 18 : 13 Stimmen und 1 Enthaltung ab.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 7 Stimmen und 1 Enthaltung:

- ://: 3. Die Rahmenbedingungen für die neuen Baurechtsverträge lauten wie folgt:
- Festsetzung von Landpreis und Zinssatz zu aktuellen Marktkonditionen
 - Bei Stockwerkeigentum erfolgt kein Zuschlag zum Baurechtszins

- Laufzeit und Anpassung an Teuerung analog den übrigen von der Einwohnergemeinde in letzter Zeit abgeschlossenen Baurechtsverträgen
- Die drei Baurechtsverträge müssen vergleichbar sein und alle gleichzeitig dem Einwohnerrat vorgelegt werden.

Geschäft Nr. 2512 **Berichterstattung zum Postulat der SVP-Fraktion betr. „Vermehrtes Wohnen in der Kernzone“**

Aktenhinweis:

- Postulat vom 26. November 2007
- Antrag des Gemeinderates vom 27. Mai 2008

GP Beat Stingelin: Die Stellungnahme liegt schriftlich vor. Die Vorkommission hat zusammen mit der Firma Holzemer ein „Gerippe“ der neuen Vorschriften ausgearbeitet. Anschliessend wird eine Kommission darüber befinden. Darin ist auch die Forderung „Vermehrtes Wohnen in der Kernzone“ enthalten. Das hat einen Zusammenhang mit Solardächern, Balkonen, Dachöffnen usw. Wir glauben, dass das Postulat erfüllt ist und abgeschrieben werden kann.

Urs Hess: Dies ist eine eigenartige Aussage des Gemeinderates. Wir haben als Einwohnerräte ein Postulat überweisen und der Gemeinderat wollte es schon damals nicht so richtig entgegennehmen, weil er sagte „Da geht ja schon Etwas“. Die Kommission ist immer noch nicht eingesetzt. Wir konnten unser politisches Engagement noch nicht einbringen und die politische Abhandlung fehlt noch. Ich bitte Euch daher sehr heftig, das Postulat nicht als erfüllt abzuschreiben sondern bestehen zu lassen. Eine Abschreibung ist zusammen mit dem Zonenreglement möglich.

GP Beat Stingelin: Es handelt sich um ein Postulat und nicht um eine Motion. Ein Postulat heisst prüfen und berichten und nicht ausführen. Wir haben geprüft und berichtet, was wir machen. Also ist das Postulat abzuschreiben, sonst wäre es eine Motion und müsste umgesetzt werden.

Mario Puppato: Der Gemeindepräsident hat rechtlich argumentiert, es sei keine Motion, sondern ein Postulat mit entsprechender Berichterstattung und damit erledigt. Wohnen in der Kernzone ist aber so wichtig und wir möchten gerne den Kommissionsbericht sehen und Stellung nehmen dazu. Ich plädiere daher, das Postulat stehen zu lassen und den Entscheid über die Abschreibung zu treffen, wenn der Bericht von der Kommission vorliegt, die jetzt langsam anfängt zu arbeiten.

Der Rat beschliesst mit 26 : 6 Stimmen und 1 Enthaltung:

://: Das Postulat 2512 wird nicht abgeschrieben.

Geschäft Nr. 2514 **Berichterstattung zum Postulat der SVP-Fraktion betr. „Prekäre und unsichere Platzverhältnisse vor Kreuzung Bahnhofstrasse zur Muttenzerstrasse“**

Aktenhinweis:

- Postulat vom 26. November 2007
- Antrag des Gemeinderates vom 3. Juni 2008

GR Rolf Wehrli: Es liegt eine schriftliche Antwort mit dem Antrag auf Abschreibung vor. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die Kreuzung nicht für Alle befriedigend ist. Wir haben dargelegt, was wir in den nächsten 5 – 10 Jahren vorhaben. Im Postulat heisst es „baldmöglichst“. 5 – 10 Jahre ist nicht „baldmöglichst“ und trotzdem sind wir für Abschreibung des Postulates. Uns ist bekannt, dass wir dort etwas machen müssen. Wenn der Einwohnerrat das Postulat nicht abschreibt, müssen wir allenfalls ein Provisorium als vorübergehende Lösung finden.

Erich Weisskopf: Von der Beantwortung des Postulates bin ich enttäuscht und es soll nicht abgeschrieben werden. Die Stellungnahme des Gemeinderates zeigt mir, dass der Gemeinderat bei dieser Sache keine grossen Stricke zerrissen hat. Ich möchte dies bald erledigt haben und nicht erst in 5 – 10 Jahren. Muss dort erst etwas passiert sein? Ich habe die enge Strassensituation mehrmals angeschaut und bin der Meinung, dass mit wenig Aufwand eine gute Verbesserung für die schwachen Verkehrsteilnehmer (Mofa und Velo) machbar ist. Kinder und ältere Leute fahren auch heute noch mit dem Velo und Töffli zum Einkaufen durchs Dorf und haben keine Off-roader. Also, Gemeinderat, macht doch das von mir Gewünschte baldmöglichst möglich.

Stephan Ackermann: Ich bin froh, dass Erich Weisskopf nicht dafür ist, das Postulat abzuschreiben. Dort muss wirklich etwas gehen. Und wie GR Rolf Wehrli gesagt hat, muss man schon vor 5 – 10 Jahren etwas machen. Darin sind wir uns einig. Deshalb sollten wir uns auch einig sein, das Postulat nicht abzuschreiben. Es gibt auch einfache Lösungen; Erich hat dies ausgemessen. Ich selber bin kein Fan von schmalen Trottoirs. Warum nicht einen Radstreifen aufmalen, damit man weiss, wohin stehen, wenn man links abbiegt und so Klarheiten schafft und nicht 5 – 10 Jahre warten, bis ein grösseres Projekt ansteht.

GP Beat Stingelin: In der Vorkommission über die Ortskernplanung fangen wir gerade dort an. Wir stehen genau am Punkt, an dem man sagt, wir wollen uns nicht etwas verbauen, wenn wir nicht wissen, wie es in Zukunft ist. Ziel ist, die Oberemattstrasse verkehrsberuhigt zu machen. Daher ist schwierig, etwas zu machen. Das man Striche aufmalen kann, darin kann ich Erich Weisskopf Recht geben. Aber baulich sollen wir uns nichts verbauen. Zur Nichtabschreibung: Wir sind verpflichtet, innerhalb eines Jahres auf ein Postulat zu antworten. Wenn wir dies nicht machen, werden wir zu Recht gerügt und die Ortskernplanung dauert länger als 1 Jahr.

Stephan Ackermann: Wenn Gemeinderat und insbesondere Gemeindepräsident sich dem bewusst sind, dann schreibt es auch so: Es befindet sich in einer länger dauernden Gesamtplanung, aber kurzfristig machen wir etwas. Dann sind wir bereit, das Postulat abzuschreiben. Es steht nicht drin, dass man beispielsweise eine Markierung machen würde.

Martina Häring: Wir von der FDP-Fraktion sind der Ansicht, das Postulat sei beantwortet. Das Vorhaben ist in einer Gesamtplanung enthalten und daher erübrigt sich, kurzfristig etwas zu machen. Wir sind für Abschreiben.

Der Rat beschliesst mit 17 : 15 Stimmen und 1 Enthaltung:

://: Das Postulat 2514 wird nicht abgeschrieben.

quellen, das Kantonsspital Liestal ist eine solche, die immer wieder genannt wird. 2006 wurde gesagt, man hätte im Grundwasser Substanzen gefunden, für die es keine Grenzwerte gibt und das Bundesamt für Gesundheit wollte abklären, was dort zu machen ist. Seither habe ich nie wieder etwas davon gehört. Der Chef des Amtes für Umwelt und Energie, Herr Isenburg, wollte 2006 auch rasch und systematisch abklären, welches die Verschmutzungsquellen sind. Er hat gesagt, es sei Priorität, die Quellen der Verunreinigung zu finden und zu unterbinden. Auch hier ist Nichts mehr passiert. Grundwasser lässt sich nicht reinigen, wenn es einmal verschmutzt ist. Man muss also dafür sorgen, dass es sauber bleibt und der Gemeinderat hat hier eine wichtige Aufgabe. Ich bitte daher um Überweisung des Postulates.

Thomas Vogelsperger: Als ich das Postulat gelesen habe, wurde ich stutzig beim Satz: „... damit das Prattler Trinkwasser wieder sauber wird.“ Wie „dreckig“ ist das Wasser heute? Wir wissen alle, dass wir Problemstoffe haben die nicht ins Trinkwasser gehören. Wasser ist unser unabdingbares Lebenselement. Wir Alle brauchen Wasser und aus diesem Grund bitte ich den Gemeinderat und die zuständigen Behörden inbrünstig, Messungen zu machen und Massnahmen zu ergreifen. Ich bitte den Rat, das Postulat zu überweisen.

Christoph Pfirter: Luft, Wasser und Boden sind die 3 wichtigsten Elemente und ich bin immer wieder stolz, in der Schweiz mit sauberem Wasser und Boden zu leben. Wir müssen aber aufpassen, nicht zu übertreiben und Sachen zu suchen, die wir noch gar nicht kennen. Man findet immer irgendetwas und wir sind eines jener Länder, die das sauberste Wasser trinken. Darüber bin ich froh. Wie weit will man gehen, ist hier die Frage. Wir haben eine sehr gute Wasserversorgung und sehr gute Leute, und das Vertrauen ist da. Es ist nicht dasselbe wie in Muttenz. Die angestrebten Messungen kosten ein unheimliches Geld. Vorher wurde bemerkt, dass der Kanton das machen soll. Ich zweifle daran, dass der Kanton für die Gemeinde Pratteln Messungen machen wird. Wir haben eine eigene Grundwasserversorgung und darum sind wir von der SVP-Fraktion für Ablehnung.

Stefan Löw: Die FDP-Fraktion stimmt der Überweisung des Postulates zu. Auch wir gestehen dem Schutz des Trinkwassers hohe Priorität zu und sind uns bewusst, dass es eines der wichtigsten Lebensmittel und ein absolutes Grundbedürfnis des Menschen und der Organismen ist. Es ist ein Privileg, dass wir in der Schweiz so sauberes und gutes Grundwasser haben und nicht vergleichbar mit anderen Ländern auf der Welt. Daher ist es für mich und Andere fraglich, wenn wir zum jetzigen Zeitpunkt und bei der hohen Qualität des Wassers, Wortlaute benutzen, unser Trinkwasser sei nicht sauber. Wie diejenigen wissen, die beim Einwohnerratsausflug mit zur Hardwasser AG gegangen sind, dass Sauberkeit sehr relativ ist und -abgestützt auf die neusten Messmethoden- ganz unterschiedlich interpretiert werden kann. Darum appelliere ich ernsthaft an die Verantwortlichen, die mit diesen Messdaten an die Öffentlichkeit gehen. Man kann mit diesen Messdaten die Bevölkerung ausserordentlich verunsichern zu Sachen, die überhaupt nicht relevant sind und denen keine Priorität zugesprochen werden muss. Ich bitte Sie, die Verantwortung wahr zu nehmen und keine Verunsicherung hervorzurufen, damit keine Hysterie entsteht und Alle das Gefühl haben, kein sauberes Wasser zu trinken. Darum bitte ich Sie, das Postulat zu überweisen, aber nachhaltig mit den verwendeten Ausdrücken umzugehen im Bewusstsein, dass wir mit dem Wasser eine spezielle Situation haben.

Der Rat beschliesst mit 22 : 11 Stimmen:

://: Das Postulat 2531 wird überwiesen.

stellen bei den öffentlichen Glas- und Blechdeponien ein Dauerbrenner“

Aktenhinweis:

- Postulat vom 28. April 2008

GR Felix Knöpfel: Der Gemeinderat ist für Überweisung. Niemand hier hat wahrscheinlich den goldenen Einfall, wie das Littering und das Abfallproblem allgemein zu lösen sind. Wir diskutieren über unterirdische Sammelstellen, über die Aufhebung der Quartiersammelstellen und über die Einführung einer zweimaligen Gratis-Grobsperrgutabfuhr. Wir sind nicht gegen solche Postulate, aber wir sind daran und arbeiten daran.

Erich Weisskopf: Ich bin erfreut über die Zusage des Gemeinderates, dass Geschäft zu bearbeiten. Es handelt sich um einen Dauerbrenner und es liegt mir viel am Herzen und ich kann sie in der Arbeit unterstützen. Ich habe eine Mappe mit vielen Fotos unserer Quartiere zusammengestellt. Ich gebe diese Mappe auf Verlangen heraus. Ich bitte den Einwohnerrat, diesem Geschäft zuzustimmen.

Christoph Zwahlen: Auch die Unabhängigen und Grünen sind für Überweisung. Einige Tipps: Eine Videoüberwachung ist nicht unbedingt das Ei des Kolumbus, weil es Sachen gibt, die man legal nicht deponieren kann und nicht einmal die Gemeinde weiss, wohin mit diesen Materialien. Im Abfallkalender ist für längst nicht alle Abfallsorten eine Anweisung enthalten und wenn man anruft, geht es sehr lange, bis man eine komische Lösung präsentiert bekommt. Dann gibt es auch Sachen, bei denen Andere in die Pflicht zu nehmen wären, beispielsweise die Texaid-Container, bei denen man darauf hinweisen müsste, dass sie auch zu leeren sind. Dies ist nicht eine Sache der Gemeinde, aber die Gemeinde kann Druck machen.

Stefan Löw: Auch die FDP-Fraktion stimmt der Überweisung zu. Die Problematik ist alt und schon zum x-ten Mal in irgendeiner Art hier im Einwohnerrat behandelt worden. Auch in den Schulen, an Clean-up-Tagen oder in irgendeiner anderen Form wurde das thematisiert. Das Grundübel liegt jedoch bei den Erwachsenen, bei den Erziehungsberechtigten und ist mit einer Gesetzgebung nicht in den Griff zu kriegen. Wir müssen uns bewusst sein, dass diese Missstände eine Zeiterscheinung sind, die im Konsumverhalten und der Nicht-Nachhaltigkeit liegen. Wir sind hier Alle aufgefordert, Vorbildfunktionen zu übernehmen und diejenigen, die sich nicht richtig verhalten, vorsichtig aufzufordern, ihr Verhalten zu ändern. Machen wir uns nichts vor: Mit Gesetzen und weiteren Vorschriften lässt sich die Sache nicht in den Griff kriegen.

Kurt Lanz: Auch die SP ist für Überweisung. Mit ein wenig Glück kann diese Angelegenheit im Zusammenhang wie das von uns am 26 März 2007 zu gleichen Thema eingereichte Postulat erledigt werden.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat 2532 wird überwiesen.

Geschäft Nr. 2534

**Interpellation von Eva Keller-Gachnang
betr. „Dienstleistung Friedhof-Bus“**

Aktenhinweis:

- Postulat vom 20. April 2008

GR Felix Knöpfel: In dieser Angelegenheit ist tatsächlich etwas schief gelaufen und die Kommunikation war nicht so wie sie hätte sein sollen. Ich halte gerne fest, dass der Beerdigungsbus gar nichts mit dem Friedhofsbus zu tun hat, der regelmässig am Mittwoch verkehrt, damit sie das Grab von Angehörigen besuchen oder pflegen können. Bei diesem bestimmten Vorfall hat ein Mitglied der Trauerfamilie die Verwaltung über das Versterben informiert. Auf die Frage der Aushilfsperson auf unserer Verwaltung, ob sie den Friedhofsbus benötigen, wurde dies verneint. Sie hätten genügend Fahrzeuge, die das übernehmen könnten. Man hat dann zu spät gemerkt, dass es doch nötig gewesen wäre, weil sehr viele Leute an die Beerdigung wollten und ein Teil der Leute kein Fahrzeug hatten. Aber der Bus kommt nicht so schnell wie ein Ruftaxi. Ich möchte einmal mehr die Leute aufrufen, die die Beerdigung organisieren müssen: Der Bus ist gratis und lieber den Bus ein Mal zu viel bestellen als ein Mal zu wenig. Die Stellvertretung wurde orientiert und der Herr wusste das nicht genau. Frau Deubelbeiss war damals nicht anwesend. Es tut uns, auch im Namen der Verwaltung, leid, dass dies passiert ist und wir hoffen, dass es nicht mehr vorkommt.

://: Es wird keine Diskussion verlangt.

**Geschäft Nr. 2538 Interpellation von Christoph Zwahlen
betr. „Lastwagenfahrverbot und Tempo
30 Durchsetzung“, schriftliche Beant-
wortung**

Aktenhinweis:

- Interpellation vom 23. Mai 2008
- Schriftliche Beantwortung vom 5. August 2008

://: Es wird Diskussion beschlossen.

Christoph Zwahlen: Ich danke für die schriftliche Beantwortung. Schön wäre gewesen, wenn die Fragen in der Antwort aufgeführt wären. Was mich zur Frage 1 erstaunt hat: Es handelt sich um eine „temporäre Massnahme während der Bauphase beim Bahnhof“. Wenn ich mich richtig erinnere, soll diese Strasse später für den Schwerverkehr gar nicht mehr geöffnet werden. Also muss doch eine andere Lösung gefunden und nicht gewartet werden, bis die temporäre Phase vorbei ist. Zu Frage 3 und 4: Hier fragen wir, ob nur zu Schul- und Kindergartenanfangs- und Schlusszeiten kontrolliert wird. Es gibt auch Raser, die zu Pendlerzeiten unterwegs sind. Und wir nachts auch kontrolliert?

GR Ruedi Brassel: Es ist bisher nicht üblich, die Fragen in den Antworten aufzuführen. Selbstverständlich gilt „Zubringer gestattet“ während der Bauphase. Nachher verschwindet dies wieder. Es ist klar, dass in diesem Quartier keine Verkehrszunahme stattgefunden hat. Daher kann man den Zusatz wieder ohne Not entfernen. Ich sehe das Problem nicht, weil eine Verkehrszunahme nicht festgestellt wurde. Zu den Kontrollen: Es finden wöchentlich Kontrollen zu unterschiedlichen Zeiten statt. Natürlich kann man keine regelmässigen Nachtkontrollen machen. Es kann also durchaus auch wieder eine Nachtkontrolle geben. Mit den Kontrollen lässt sich nicht vermeiden, dass der Eine oder Andere sich in ungebührlicher Weise durchs Quartier bewegt. Die Kontrollen finden in angemessenen Rahmen und in periodischen Abständen statt und zwar nicht nur in diesem Quartier.

Geschäft Nr. 2551

Postulat der SVP-Fraktion betr. „Internes Kontrollsystem IKS“

Aktenhinweis:

- Postulat vom 16. Juni 2008

GP Beat Stingelin: Der Gemeinderat ist für Überweisung dieses Postulates. Gemeinden müssten dieses System nicht einführen; Firmen müssen es seit 2008. Wir möchten es trotzdem einführen, denn das System zeigt Abläufe in der ganzen Verwaltung, des Werkhofes usw. auf. Es ist ein Legislaturziel, dass dies innerhalb der nächsten 4 Jahre gemacht wird.

Philippe Doppler: IKS ist in aller Munde und wenn es Grossunternehmen einführen müssen, warum nicht auch eine grössere Gemeinde wie Pratteln. Ich bitte Sie, das Postulat zu überweisen und gerade abzuschreiben.

Dieter Stohler: IKS ist gross in Mode nicht nur für Aktiengesellschaften, bei denen es vorgeschrieben ist; sondern alle (Pensionskassen, Stiftungen, Genossenschaften usw.) sollen ein IKS haben. Auch andere Rechtsträger und auch Gemeinwesen werden heute ermuntert, in Sachen IKS einen Schritt nach vorne zu machen und gewisse Standards zu übernehmen. Wir fragen uns, ob die Gemeinde Pratteln jeden Modetrend mitmachen muss und die Verwaltungstätigkeit, die ja an sich schon kompliziert genug und aufwändig ist, aufzublähen? Die erste Antwort lautet: nein. Wir unterstützen als FDP-Fraktion das Postulat trotzdem. Warum? Weil wir glauben, dass IKS nicht gleich IKS ist. Es gibt auch schlanke Formen von IKS und diese werden hier befürwortet. Heute sind nicht keine Kontrollen vorhanden, sondern das IKS ist nicht systematisiert und nicht dokumentiert. Das ist der Unterschied. Dokumentationen und Nachvollziehbarkeit sind für ein Gemeinwesen kein Fremdwort, so dass man sicher sagen kann, ein Teil des IKS ist heute in unseren Reglementen und Gesetzen und Verordnungen vorhanden. Die Einführung des IKS muss daher keine Jahrhundertübung sein; dies ist auch auf eine schlanke Art möglich und dadurch erscheint uns die Einführung eines weiter formalisierten IKS durchaus prüfenswert. Der Nutzen ist sicher im Sinn des Bürgers.

Stephan Ackermann: Im ersten Moment bin ich überrascht, wer das Postulat einreicht. Es ist der Präsident der ehemaligen RPK und der jetzige Kommissionspräsident. Ich dachte: Hoppla, da muss was dran sein, wenn dies verlangt wird. Dann dachte ich: Aber nein, gewisse Kontrollen finden ja schon heute statt. Ich als Laie wusste nicht, was IKS ist. Ich bin davon ausgegangen, dass Aufgaben in der Verwaltung effektiv und effizient erreicht werden und die Prozesse sicher ablaufen und Fehler verhindert werden, wie dies das IKS auch beschreibt. Wenn dies nicht der Fall wäre, hätte die RPK bestimmt Mängel aufgedeckt. Deshalb bin ich nicht so sicher, ob dies wirklich notwendig ist oder nur eine Modeerscheinung ist. Trotzdem kann man prüfen und berichten und somit unterstützt auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen das Postulat. Es ist gut, wenn es als Legislaturziel aufgenommen wird, aber der Einwohnerrat ist nicht bereit, 4 Jahre zu warten, vor allem, wenn man die letzten Legislaturziele abschaut. In die Legislaturziele aufgenommen werden ist das Eine, Legislaturziele auch erfolgreich abschliessen das Andere. Hier warte ich immer noch auf einen Rückblick der letzten 4 Jahre, was von den Legislaturzielen erreicht worden ist.

GP Beat Stingelin: Gerade zur letzten Bemerkung von Stephan Ackermann: Den Amtsbericht haben wir schon lange gemacht und dort sind für alle Jahre die erreichten Ziele aufgeführt; immer abgeleitet von den Legislaturzielen. Das IKS ist nicht nur für die RPK; es ist auch für alle anderen Abläufe. Ich kann Euch sagen, dass ich

bei meiner Geschäftstätigkeit bei Coop nichts Anderes mache. Ich weiss, von was hier die Rede ist. Dass wir einen Haufen Abläufe auf der Verwaltung haben, ist unbestritten und dass die Leute wissen, was sie machen müssen, ist auch unbestritten. Das Problem kommt immer dann, wenn Jemand geht und das Wissen mitnimmt. Wenn dieses aber aufgeschrieben ist, und die Abläufe klar sind, dann bleibt dieses Wissen zum grössten Teil in der Verwaltung. Ich muss Dieter Stohler ein Stück weit Recht geben, dass es eine Modeerscheinung ist. Die Legislaturziele sind für 4 Jahre, aber nicht 4 Jahre, bis wir mit einer bestimmten Aufgabe fertig sind. Es gibt eine Zusatzbelastung für die Verwaltung. Wir haben auch noch hängige Postulate von Heinz Schiltknecht, die 15 oder 20 Jahre alt sind. Dort wurde auch nichts gemacht. Man muss gesetzliche Vorschriften herausnehmen und aufzeigen, was wir machen müssen und was nicht. Genau mit einem solchen IKS finden wir das heraus und dann kann das Postulat hoffentlich auch einmal beantwortet werden.

Stephan Ackermann: Wir driften etwas ab; ich muss zuerst eine Klammer aufmachen und sagen, wenn die Leute auf der Verwaltung bleiben würden, müsste auch nicht Alles schriftlich festgehalten werden. Legislaturziele: Wenn wir Legislaturziele so schön wie das letzte Mal erhalten dann ist das wirklich super. Im Amtsbericht werden sie auf eine gewisse Art abgearbeitet, aber so übersichtlich wie diese am Anfang präsentiert wurden, ist es nun nicht. Für mich wäre es ein Leistungsausweis des Gemeinderates, wenn er auch wieder auf einem Hochglanzprospekt zeigen kann, was er geleistet hat. Für mich ist der Amtsbericht nicht so schön dahergekommen wie der Bericht mit den Legislaturzielen.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat 2551 wird überwiesen.

Geschäft Nr. 2552 Postulat der SVP-Fraktion betr. „Later- nenparkplätze“

Aktenhinweis:

- Postulat vom 16. Juni 2008

GR Ruedi Brassel: Ich weiss wirklich nicht, handelt es sich um ein Postulat, eine „Interpostulation“ oder eine Interpellation. Es sind Fragen, die Recherchen erfordern. Etwas hat den Gemeinderat bewogen, das Postulat entgegen zu nehmen und später zu beantworten. Nämlich das Parkraumbewirtschaftungskonzept, das in Ausarbeitung ist und nächstens auch vor den Einwohnerrat kommt. Die Frage der Laternenparkplätze kann in diesem Zusammenhang untersucht und abgehandelt werden. Bei der Behandlung des Parkraumkonzeptes können dann auch Antworten auf die hier gestellten Fragen gegeben werden. In welchem Umfang die teilweise recht komplexen Fragen, die viel Erhebungsaufwand verlangen, beantwortet werden, muss einigermaßen offen beleiben. Es ist schwer feststellbar, wann, wo und wie viele Fahrzeuge stehen. Das hat einen Zusammenhang mit den steigenden Gebühren der privaten Parkplätze und dass die Laternenparkplätze nun günstiger sind. Daher stehen private Parkfelder leer. Wie dieser Ausgleich geschehen könnte, muss im Zusammenhang mit dem Parkraumbewirtschaftungskonzept geklärt werden. Darum ist der Gemeinderat bereit, das Postulat entgegen zu nehmen und im Zusammenhang mit dem Parkraumbewirtschaftungskonzept zu behandeln.

Philippe Doppler: Es liegt auf der Hand, warum dies als Postulat und nicht als Interpellation eingereicht wurde. Abklärungen mit Liegenschaftsverwaltungen, von denen es nicht wenige gibt, gestalten sich nicht einfach, so dass man es als Interpellation einreichen könnte. Ausserdem bin ich auf Grund von Einwohnerinnen und Einwohnern auf dieses Problem gestossen und habe es dann weiter beobachtet. Die Situation ist effektiv dramatisch dort hinten. Man kommt abends um 10 Uhr nach Hause und findet trotz Bezahlung der CHF 40.00 keinen Parkplatz und muss als Frau noch einige hundert Meter zur eigenen Wohnung gehen. Das ist nicht sehr attraktiv. Weiter bin ich der Meinung, dass die Lösung auf der Hand liegt bzw. sie liegt auf der Strasse, denn Parkplätze sind vorhanden. Es gibt sehr viele gelbe Parkplätze von Liegenschaftsverwaltungen, die nicht gemietet sind, und mittels einfacher Abklärungen könnte man dafür sorgen, dass diese Parkplätze mindestens vorübergehend als Laternenparkplätze angeboten werden. Bis das Parkraumbewirtschaftungskonzept vorliegt, können wir nicht noch zwei oder drei Jahre warten, sonst sind die Einwohner weggezogen. Wenn in der nächsten Zeit nicht gehandelt wird, wird es dort noch viel schlimmer.

Stefan Löw: Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass dies kein Postulat, allenfalls eine Interpellation ist. Wir werden einer Überweisung sicher nicht zustimmen. Es befremdet, dass der Gemeinderat das Postulat entgegen nehmen will, auch in Anbetracht, dass dies keine Kernaufgabe der Gemeinde ist. Es ist Privatrecht, das wir hier betreten und es ist bei weitem keine Aufgabe der Gemeinde, dort Ressourcen zu verwenden. Die Verwaltung hat andere Sachen zu tun und es steht in der Verantwortung des Fahrzeugeigentümers, einen Platz für sein Fahrzeug zu suchen. Er ist sich der Kosten bewusst, die dies mit sich bringt. Was bieten wir auf dem Grund an, den die Gemeinde zur Verfügung stellt. Ich bitte Sie, das Postulat nicht zu überweisen und nicht noch zusätzliche Arbeit der Verwaltung und dem Gemeinderat aufzubürden.

GR Rolf Wehrli: Die Verkehrsplanungskommission hat das Parkraumbewirtschaftungskonzept verabschiedet und es liegt im Entwurf vor. Der Gemeinderat hat es in erster Lesung zur Kenntnis genommen. Intern geht es noch an den Rechtsdienst, in zweiter Lesung an den Gemeinderat und dann zur Vorprüfung an den Kanton. Dann kommt die Einwohnerratsvorlage zu Ihnen. Beim Landrat wurde ein Postulat eingereicht, dass für Handwerker eine regionale Lösung erarbeitet werden soll. Auch dies ist Bestandteil unseres Parkraumbewirtschaftungskonzeptes. Persönlich bin ich der Meinung, dass das Problem mit den vielen Karten den Kanton betrifft und eine regionale Lösung anzustreben ist und sich die Gemeinden nicht hinter der Gemeindeautonomie verstecken sollen.

GR Ruedi Brassel: Stefan Löw hat vorher gesagt, er wundere sich, dass man das als Postulat entgegen nehme. Wir haben uns das auch überlegt und wollten diesem Vorstoss eine Ehrenrunde ersparen. Wenn wir es zurückweisen, kommt das an der nächsten Sitzung als Interpellation mit dem gleichen Wortlaut und dann muss es mit demselben Aufwand beantwortet werden. Wir machen das ganz pragmatisch und hoffen, dass der Aufwand für die Beantwortung im Einwohnerrat Anerkennung findet.

Stefan Löw: Es geht um einen Grundsatz. Ein Postulat ist ein Postulat und eine Interpellation eine Interpellation. Wir sollen das klar unterscheiden; um so mehr wundert mich, dass der Gemeinderat das nun verwässert. Die Verbindlichkeit einer Interpellation ist eine ganz andere; diese wird beantwortet. Nach der Diskussion ist es vorbei. Ein Postulat wird überwiesen und später nehmen wir es noch einmal hervor. Wir machen keine Postu-Interpellation, sondern eine saubere Interpellation oder eine sauberes Postulat.

Der Rat beschliesst mit 22 : 9 Stimmen und 2 Enthaltungen:

://: Das Postulat 2552 wird überwiesen.

Geschäft Nr. 2553

**Interpellation der SP-Fraktion betr.
„Nachhaltige öffentliche Beschaffung
aus fairem Handel“**

Aktenhinweis:

- Postulat vom 22. Juni 2008

GR Rolf Wehrli: Rös Graf ist nicht anwesend und die Beantwortung erfolgt in Rücksprache mit der Fraktion und dem Büro des Einwohnerrates. Der Gemeinderat ist grundsätzlich für fairen Handel, insbesondere was Kinderarbeit usw. betrifft. Bei den eingesetzten Produkten sind wir dafür, dass alles richtig abläuft. Frage 1: „*Wurden oder werden im Strassenbau und bei der Gestaltung von Plätzen der Gemeinde Pratteln Steine aus Produktionen, die unter menschenverachtenden Bedingungen hergestellt werden, eingebaut?*“ Das wissen wir nicht. Bisher wurde bei Randsteinen, Pflasterungen usw. keine Produktdeklaration verlangt. In den Ausschreibungsunterlagen sind die gemäss Normen üblichen Anforderungen bezüglich Qualität und Format definiert. Gemäss den gesetzlichen Bestimmungen über das Gesetz über das Beschaffungswesen ist es nicht ganz unproblematisch, dem Unternehmer ein Produkt oder ein Lieferungsland vorzuschreiben. Stichwort „Freier Wettbewerb“. Frage 2: „*Wenn NEIN, Gibt es lückenlos von den Lieferanten Labels und Zertifikate, dass sie bei Produkten aus dem Ausland einen Nachweis für faire Produktionsbedingungen erbringen?*“ Soweit bekannt, existiert ein solches Label nicht oder nur vereinzelt. Grundsätzlich müssten, um sicher zu sein, dass Pflastersteine nicht aus China, Vietnam oder Indien kommen, diese Länder ausgeschlossen werden, was gemäss Gesetzgebung über das Beschaffungswesen nicht unproblematisch ist. Frage 3: „*Wenn JA, welche Massnahmen gedenkt der Gemeinderat einzuleiten, damit wir in Pratteln sicher sein können, dass in Zukunft nur unbedenklich produziertes Material im Bau von Strassen und Wegen verwendet wird?*“ Die Abteilung Bau hat abgeklärt, wie einigermassen sicher gestellt werden könnte, dass keine Steine aus menschenverachtenden Produktionsbedingungen in Pratteln eingebaut werden. Diese nicht ganz einfache Problematik wird zurzeit auch auf Kantonsebene diskutiert. In Pratteln wird, wo möglich, der offerierende Unternehmer eine Selbstdeklaration über das Herkunftsland und Lieferanten zusammen mit dem Angebot einzureichen haben. Ob er vom Lieferanten das entsprechende Papier erhält, sei dahingestellt und ob man ihn dann von einer Submission ausschliessen kann ist problematisch. Ein Unternehmer legt heute eine GAV-Bestätigung bei (Pratteln, Kanton und Bund); diese Frage regelt ein GAV aber nicht. Es kann sein, dass der Unternehmer dabei auch erklären muss, dass die Bedingungen der IAO (einer internationale Arbeitsorganisation) eingehalten werden (Zwangsarbeit, Kinderarbeit usw.). Wir müssen uns im Klaren sein: Eine absolute Kontrolle und Sicherheit gibt es nicht.

://: Es wird keine Diskussion verlangt.

Geschäft Nr. 2554

Interpellation der Unabhängigen Pratteln betr. „Lidl“

Aktenhinweis:

- Interpellation vom 9. Juni 2008

GP Beat Stingelin: Petra Ramseier fragt: „Ist die Bevölkerung mit dem neuen Quartierladen zufrieden?“. Ich sage, sie sind zufrieden mit dem, was sie dort haben. Besser als gar nichts. Letztes Mal habe ich den Fraktionen ein Schreiben verteilt, in dem Andreas Pohl, Leiter Lidl Schweiz, sagt, dass der Markteintritt von Lidl im Jahr 2009 erfolgen soll. Die Verteilzentrale in Weinfelden steht und sie werden die ersten 15 Läden im Raum Ostschweiz bauen. Ich habe versucht, eine Auskunft zu erhalten, wann unser Lidl kommt. Ich habe keine feste Antwort erhalten. Es ist möglich, dass er 2009 kommt. Irgendwann läuft die Baubewilligung ab und so wird vorgegangen: Überall, wo eine Baubewilligung vorliegt, wird geschaut, wie lange diese noch gültig ist und wo sie am längsten gültig ist, kommen sie am Schluss. Es ist nicht ganz befriedigend. Nicht ganz befriedigend ist auch die Situation mit dem andern Laden, der jetzt einen neuen Besitzer hat. Scheinbar scheitert eine Vermietung an den überhiesenen Ladenpreisen. Auch GR Uwe Klein hat es schon versucht. Wir müssen warten bis 2009 und dort unten braucht es unbedingt einen Laden. Wir hören dies immer wieder von älteren Leuten, dass der Einkaufsweg zu lang ist. Dies ist tatsächlich so.

://: Es wird einstimmig Diskussion beschlossen.

Petra Ramseier: Ich danke für die Beantwortung dieser etwas ironisch gemeinten Frage. Wir sind der Meinung, dass Lidl der falsche Laden dort unten ist und sind gleichzeitig enttäuscht, dass er noch nicht kommt. Erste Frage: Hat Lidl das Land schon gekauft oder wartet er damit? Zweite Frage: Das Ladenlokal an der Muttenerstrasse: Ist der Gemeinderat hier noch aktiv, einen Quartierladen hinein zu bringen?

GP Beat Stingelin: Lidl hat das Land gekauft, ein Baugesuch eingereicht und das Gesuch ist bewilligt. Das Land gehört Lidl und sie können anfangen, wann sie möchten. Sie mussten wegen Grabungen einige Zeit warten. Zur Muttenerstrasse: Der Gemeinderat ist immer noch dran aber er sucht nicht aktiv. Wir hatten Diskussionen mit 7 oder 8 Interessenten, aber wir machen den zu zahlenden Preis nicht selber. Alle Interessenten sind am Schluss abgesprungen, weil es zu teuer war. Interessenten sind also vorhanden; aber die Vermieter wollen zu viel Mietzins. Daran können wir nicht schrauben.

Fragestunde

Frage von Christoph Zwahlen betr. „Verkehrsführung Rheinstrasse im Planungsgebiet Salina-Raurica“

GP Beat Stingelin: „Stimmt die in der unten abgebildeten Karte aus der BaZ vom 20. August 2008 die Darstellung der Anschlüsse der verlegten Rheinstrasse an die Frenkendorferstrasse?“ Die Antwort ist „Ja“. Die Landratsvorlage wurde noch nicht behandelt und die Darstellung ist nicht parzellenscharf. Es handelt sich um eine Skizze.

Christoph Zwahlen: Wenn man die Anschlüsse betrachtet, zielen beide in Richtung Rhein. Ist damit der Zweck der Umfahrung der Umfahrung gewährleistet, wenn man gemäss Darstellung nur nach Norden fahren kann? Dies betrifft vor allem Augst.

GP Beat Stingelin: Die Rheinstrasse wird dem Rhein entlang aufgehoben und führt entlang der Autobahn. In Augst selber gibt es Verkehrsberuhigungen. Sinn und Zweck ist die Entlastung von Augst und der Längi und die Freihaltung des Bereiches beim Rhein.

Frage von Christoph Zwahlen betr. „Ortsbus Pratteln“

Frage: Wie ist bei diesem Projekt der Stand der Dinge?

GR Felix Knöpfel: Es gibt immer wieder Anfragen von Bewohnerinnen und Bewohnern, vornehmlich aus Pratteln-West, betreffend einer besseren Erschliessung ihrer Quartiere. Deshalb wurden vor 2 Jahren erste Überlegungen zur Einführung eines Ortsbusses gemacht. Der Vorschlag wurde dem Gemeinderat unterbreitet und wir warten ab, was Aquabasilea bringt. Auch das Admesareal muss durch den ÖV erschlossen werden. Ein Ortsbus ist nicht gratis und ich bin gespannt, wie der Einwohnerrat reagiert, wenn diese Vorlage in 1 – 2 Jahren vorliegt. Der Shuttlebus ins Grünen wird wieder eröffnet und wird durch die Geschäfte bezahlt. Aus fahrplantechnischen Gründen können wir ihn nicht bei uns anschliessen. Gemäss Gerichtsurteil muss alle 10 Minuten ein Bus fahren und ein Weg durchs Dorf liegt nicht drin.

Frage von Urs Hess betr. „Prattler Anzeiger“

Fragen: 1) Wer sitzt alles im Verwaltungsrat der Zeitungsverlags AG zu welcher der Prattler Anzeiger gehört? 2) Erhalten die Verwaltungsräte ein Honorar? Falls Honorare ausgezahlt werden, wie hoch ist dieses und was geschieht damit in Pratteln? 3) Glaubt der Gemeinderat dass die Bevölkerung die Fusion der Gemeindeanzeiger goutiert, und hat der Gemeinderat ernsthaft Alternativen zum Zusammenschluss in Erwägung gezogen?

GP Beat Stingelin: Ich habe die erste Frage beantwortet und steht im Protokoll 376 der Sitzung vom 25. August 2008. Ebenso Frage 3. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die jetzige Situation gut ist. Nun geht es um Frage 2: Selbstverständlich erhalten Verwaltungsräte ein Honorar. Ich lese aus einem Schreiben vom 11. September 2007: „Sehr geehrter Herr Stingelin. Wir möchten Ihnen sehr herzlich für Ihr Engagement und ihren Einsatz für die Lokalzeitungsverlags AG danken. Gerne überweisen wir Ihnen in den nächsten Tagen das Verwaltungsratshonorar von CHF 3'000.00 für das Geschäftsjahr 2006 und 2007“. Was passiert damit? Die Verwaltungsratssitzungen finden dann statt, wenn ich beim anderen Arbeitgeber (Coop) zu 50% arbeite. Wenn ich dort gehe, muss ich frei nehmen und so entschädige ich meine Ausfälle.

Urs Hess: Wenn Jemand als Vertreter der öffentlichen Hand an den Sitzungen teilnimmt, dann ist auch das Honorar der öffentlichen Hand geschuldet. Ich frage daher den Gemeindepräsidenten an, ob in Zukunft die von Amtes wegen erhaltenen Honorare auch in die Gemeindekasse kommen.

GP Beat Stingelin: Es hat sich an der Praxis zu meinem Vorgänger nichts geändert. Dies ist nichts Neues und selbst die Höhe ist dieselbe. Ich sehe nicht ein, wieso ich Geld der Verwaltung abliefern soll, wenn ich Zeit brauche oder Teile meiner Ferientage meines Arbeitgebers Coop daran gebe.

Verabschiedung von Stephan Burgunder

ER-Präsident Christian Schäublin: Stephan Burgunder ist nun seit dem 1. Juli 2004 im Einwohnerrat und auch in der RPK. Ich danke an dieser Stelle Stephan Burgunder herzlich für seine Arbeit im Einwohnerrat. Ich wünsche ihm für die Zukunft alles Gute

und auch viel Erfolg in seinem Studium. Er verzichtet auf sein Geschenk und möchte diesen Betrag spenden, offen ist noch, wohin diese Spende geht.
Stephan Burgunder wird mit Applaus verabschiedet.

Die Sitzung wurde um 22.05 Uhr beendet

Pratteln, 6. Oktober 2008

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Der Sekretär-St.V.

Christian Schäublin Joachim Maass